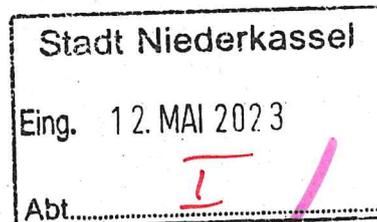




Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW - 40190 Düsseldorf

Stadt Niederkassel
Der Bürgermeister
Rathausstr. 19
53859 Niederkassel



Oliver Krischer

09 .05.2023
Seite 1 von 3

Aktenzeichen VII D3

Jan Otto
Telefon 0211 4566-795
Telefax 0211 4566-
janhendrik.otto@munv.nrw.de

**Gemeinsame Resolution der Bürgermeister:innen der Kommunen
des Rhein-Sieg-Kreises zur nachhaltigen Finanzierung des ÖPNV**
Ihr Schreiben vom 29.03.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Vehreschild,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Kalkbrenner,

vielen Dank für die Information über die gemeinsame Resolution der
Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises.

Ich teile die Auffassung, dass zur Erreichung der Klimaschutzziele eine
deutliche Ausweitung des ÖPNV-Angebotes auf Schiene und Straße er-
forderlich ist. Sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum müs-
sen der SPNV und ÖSPV ausgebaut, optimiert und intelligent miteinan-
der verknüpft werden, um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern. Ein
attraktiver und nutzerfreundlicher ÖPNV ist eine zentrale Säule der Mo-
bilität in Nordrhein-Westfalen.

Mir und meinen Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern ist
bewusst, dass dieser notwendige Ausbau des ÖPNV aber nur mit einer
entsprechenden Finanzierung vor allem des Bundes gelingen kann. Da-

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Emilie-Preyer-Platz 1
40479 Düsseldorf
Telefon 0211 4566-0
Telefax 0211 4566-388
poststelle@munv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien U78 und U79
oder Buslinie 722 (Messe)
Haltestelle Nordstraße



her hat die Verkehrsministerkonferenz sich schon mehrfach mit der Thematik auseinandergesetzt und gegenüber dem Bund die entsprechende Erhöhung der Regionalisierungsmittel gefordert. Wir haben auch hervorgehoben, dass die Länder und Kommunen in den vergangenen Jahren sowie gegenwärtig enorme Anstrengungen aufbringen, um den ÖPNV auszubauen und attraktiv zu gestalten.

In der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 02.11.2022 wurde neben der Einführung des Deutschlandtickets beschlossen, dass der Bund die Regionalisierungsmittel ab 2022 um 1 Mrd. € erhöht und die gesamten Regionalisierungsmittel künftig und erstmalig schon für 2023 um 3,0 anstelle von 1,8 Prozent pro Jahr dynamisiert. Diese Mittel sollen vorrangig zum Ausgleich der gestiegenen Kosten im SPNV und ÖPNV eingesetzt werden. Mir und meinen Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern ist jedoch auch bewusst, dass diese Mittel nur einen geringen Spielraum für Angebotsausweitungen lassen. Deswegen erachte ich es als wichtig, dass der gemeinsame Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz auch den im Koalitionsvertrag auf Bundesebene enthaltenen Ausbau- und Modernisierungspakt berücksichtigt, an dem sich Bund, Länder und Kommunen beteiligen sollen.

In einer Bund- Länder-Arbeitsgruppe wird dieser derzeit vorbereitet und gestaltet. In diesem Rahmen werden ein Zielbild des ÖPNV 2030 sowie auch eine zukunftsfähige Finanzierungsstruktur des ÖPNV erarbeitet. Zudem beschäftigt sich eine Unterarbeitsgruppe mit der Herstellung von Transparenz über die Verwendung der Regionalisierungsmittel und weiterer ÖPNV-Finanzierungsinstrumente der Länder und Kommunen. Erste Ergebnisse der Arbeitsgruppe sind bereits auf der Herbstkonferenz 2022 vorgestellt worden. Weitere Ergebnisse sollen voraussichtlich



im Laufe des Jahres 2023 präsentiert werden. Die kommunalen Spitzenverbände sind in die Diskussionen und Ausarbeitung einbezogen und nehmen an den Arbeitsgruppensitzungen teil, um auch die kommunale Perspektive von Beginn an hinreichend zu berücksichtigen.

Zusätzlich zu den erhöhten Regionalisierungsmitteln stellt das Land Nordrhein-Westfalen aufgrund des erheblichen Preisanstieges im ÖPNV für das Jahr 2023 200 Mio. Euro Landesmittel zum Ausgleich der krisenbedingt gestiegenen Kosten bereit. Diese Mittel sollen vorrangig für den Ausgleich der gestiegenen Energiepreise eingesetzt werden. Bereits im Jahr 2022 hat Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland über den ÖPNV-Rettungsschirm zusätzliche Mittel als pauschalen Energiekostenausgleich im Umfang von rund 90 Mio. € zur Verfügung gestellt, die sowohl dem SPNV als auch dem übrigen ÖPNV zugutegekommen sind.

Ich bin zuversichtlich, dass wir in der Debatte zum Ausbau- und Modernisierungspakt ein hoffentlich für alle an der Finanzierung des ÖPNV Beteiligten tragfähiges Ergebnis erreichen werden und mit den zusätzlichen Mitteln von Bund und Land auch die gestiegenen Kosten abfedern können.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Krischer